

USA

URSULA CARPENTER

Dezember 2006

www.kas.de/usawww.kas.de

Bushs "Neuer Weg vorwärts im Irak" - Skepsis und Widerstand bei den Demokraten

Demokratischer Think Tank lanciert Projekt zu alternativen Irakstrategien

Am Tag nach der Fernsehansprache Präsident Bushs zum "Neuen Weg vorwärts im Irak"¹ veranstaltete die Brookings Institution ein Expertenforum, das eine erste Analyse der neuen Irakpolitik des U.S.-Präsidenten aus Sicht der Demokratischen Denkfabrik vornahm.

In seinen einführenden Bemerkungen verwies der Leiter der außenpolitischen Studien und Vizepräsident des Think Tanks, Carlos Pascual, darauf, dass für den Irak, die Region und Amerika selbst "enorm viel auf dem Spiel stehe" und kündigte vor diesem Hintergrund eine neue Irak-Initiative der Brookings Institution für das Jahr 2007 an. Das "Iraq Policy Project" verfolge das Ziel, im Laufe des Jahres die amerikanische Irakpolitik zu kommentieren und alternative Strategien für das Vorgehen der Amerikaner in der Region unter Einbeziehung von Demokratischen und Republikanischen Experten aus dem Kongress und der Administration zu entwerfen.

"Bush wird den Irak seinem Nachfolger überlassen"

Der ehemalige außenpolitische Berater im Nationalen Sicherheitsrat von Präsident Clinton, Philip Gordon, zeigte sich von der neuen Irakstrategie Präsident Bushs unbeeindruckt: "Die neue Irakstrategie ist nicht neu." Die Baker-Hamilton-Kommission habe echte Alternativen aufgezeigt. Die "neue" Strategie des Präsidenten sei jedoch lediglich eine Intensivierung vorhergehender Strategien, insbesondere der im November 2005 formulierten Strategie des "clear, hold

and build". Die dieser Strategie hinzugefügten neuen Ressourcen stellten insgesamt lediglich eine 15-prozentige Aufstockung der Truppenstärke und auf wirtschaftlicher Seite nur einen 1 1/2-prozentigen Anstieg der bisherigen 1,5 Milliarden US-Ausgaben im Irak dar. Es könne niemanden überraschen, dass George Bush den Empfehlungen der Irakstudien-Gruppe (ISG) nach dem Motto: "Ein paar Freunde meines Vaters sagten, ich solle meine Strategie ändern" getrotzt habe. Es entspreche eher dem Charakter des Präsidenten, in den letzten zwei Amtsjahren seinen eigenen Grundsätzen treu zu bleiben und durchzuhalten. Dies sei nicht zuletzt auch im eigenen politischen Interesse von Präsident Bush und bestätige die Einschätzung von Senator Jo Biden, dass Bush in den nächsten beiden Jahren lieber seinen Kurs halten und seinem Nachfolger die Scherben überlassen werde. Insgesamt beruhe die Strategie des Präsidenten auf fragwürdigen Annahmen hinsichtlich des Stellenwertes der Terrorismusbekämpfung, der Rolle der irakischen Regierung und den Auswirkungen der U.S.-Präsenz im Irak auf die Region. Für Gordon war jedoch Bushs Eingeständnis von Fehlern lobenswert und verblüffend, auch wenn es zu spät käme. Die größte Frage sei schließlich, ob die geplante Truppenaufstockung wirklich zu einer Wende im Irak führen werde und ob Amerika sie lange genug durchhalten könne. Sollte dies nicht der Fall sein, würde dies im Jahr 2008 zur Wahl eines Demokratischen Präsidenten führen.

"Der Plan kommt zu spät"

Kenneth Pollack, Nahostberater im Nationalen Sicherheitsrat von Präsident Clinton und Forschungsleiter des bei der Brookings In-

stitution angesiedelten Saban Center for Middle East Policy, war der Auffassung, dass der neu vorgestellte Plan Aussichten auf Erfolg haben könnte. Die Kernelemente, nämlich der neue Schwerpunkt auf die Iraker selbst, die Zusammenarbeit von amerikanischen und irakischen Einheiten, die Dezentralisierung der Macht, die gerechtere Aufteilung der Öleinkommen, die Korruptionsbekämpfung, die Einbeziehung der Kommunen sowie die Auslagerung ziviler Regierungsbeamter aus der "Grünen Zone", stellten positive Entwicklungen dar: "Es ist der einzige Plan, der zu diesem Zeitpunkt funktionieren könnte." Die Truppenaufstockung selbst sei lediglich ein interessanter Teilaspekt des Gesamtplanes. Allerdings zeigte sich Pollack über die in der Ansprache weiterhin enthaltenen Fehlannahmen über die Ziele der amerikanischen Irakpolitik empört, insbesondere dass es im Irak um die Bekämpfung des Terrorismus und die Einrichtung einer Demokratie nach dem Muster von Thomas Jefferson ginge. Der Plan sei des Weiteren realitätsfremd, da die irakische Regierung nicht in der Lage sei, den ihr von den Amerikanern auferlegten Verpflichtungen nachzukommen: "Der Plan hätte vor 6-8 Monaten implementiert werden sollen."

Eine realitätsfremde Strategie

Für Pollack klaffte die Theorie der neuen Bush-Strategie in drei Punkten mit der Realität auseinander. Erstens: "Es ist wahrscheinlich zu spät." Die Beendigung des Bürgerkrieges mit ihrer psychologischen Dynamik des Teufelskreises der Gewalt würde enorme Reserven seitens der Amerikaner verschlingen, die weit über die Leistungen, zu denen die USA bereit seien, hinausgingen. Zweitens: Angesichts der Komplexität der Lage im Irak, bedürfe es einer absolut zuverlässigen Kompetenz bei der Durchführung des Planes. Zwar gebe es in der Regierung Bush jetzt neue Personalbesetzungen, dennoch habe die Administration bei der Kriegsführung im Irak keine gute Erfolgsgeschichte.

Drittens habe die "Clear, hold and build"-Strategie bisher nicht funktioniert. Zwar habe man immer wieder gewisse Regionen von Aufständischen "gesäubert", habe sie

jedoch danach nicht unter Kontrolle gehalten und wieder aufgebaut. Angesichts dieser Misserfolge stand Pollack der neuen Strategie mit Skepsis gegenüber. Abschließend appellierte er an alle Amerikaner, Demokraten wie Republikaner, zu Konstruktivität bei der Beurteilung der Lage: "Jeder Amerikaner sollte hoffen, dass es nicht zu spät für einen Erfolg dieses Planes ist, denn er ist sicherlich unsere letzte Chance, ein katastrophales Scheitern im Irak zu verhindern." Pollack warnte jedoch vor zu viel Optimismus: "Man kann Bagdad nicht in vier Monaten stabilisieren. Bagdad muss mindestens 12, 15 oder 25 Monate lang gehalten werden. Außerdem ist die Sicherung Bagdads zwar notwendig, aber nicht hinreichend für einen Gesamterfolg im Irak."

"Die Amerikaner müssen sich entscheiden, auf wessen Seite sie stehen"

Für den ehemaligen amerikanischen Botschafter in Israel und Leiter des Saban Center, Ambassador Martin Indyk, besteht das grundsätzliche Problem der Irakstrategie von Präsident Bush in der Annahme, dass der Krieg im Irak ein Kampf sei "zwischen denjenigen, die an Freiheit glauben und denjenigen, die unsere Lebensweise zerstören wollen." Zwischen dieser Ideologie und der Wirklichkeit im Nahen Osten lägen Welten. Die absichtliche Demütigung der Sunniten durch die schiitische Regierung bei der Hinrichtung von Saddam Hussein habe bewiesen, dass die Maliki-Regierung es darauf absehe, die Sunniten aus Bagdad zu vertreiben: "Der größere Kampf in der Region ist ein Streben der vom Iran angeführten Schiiten um die Vorherrschaft der Schiiten über die sunnitischen Araber in der Region, einschließlich der Schiiten in Syrien und im Libanon." Diese Dominanz der Schiiten, insbesondere das Streben Irans nach einem Atomprojekt, sei für die arabischen Staaten der Region nicht hinnehmbar. In diesem Kontext stelle die Aufstockung der amerikanischen Truppen im Irak ein schwieriges Dilemma dar: "Wenn wir die schiitische Regierung Iraks unterstützen, ist dies für die Sunniten nicht akzeptabel. Wenn wir die schiitischen Aufständischen bekämpfen, insbesondere in Sadr-Stadt, ist die irakische Regierung empört. Dies bedeute, dass sich

die Amerikaner entscheiden müssten, auf wessen Seite sie stünden. Diese Entscheidung sei der Kern des Problems.

"Der Iran wird dies als Endkampf ansehen"

Schließlich sähen es die von Sunniten geführten Staaten nicht gerne, dass die schiitische Regierung im Irak vom Iran Befehle entgegennehme und würden es begrüßen, dass Präsident Bush jetzt mit der irakischen Regierung Klartext spreche. Allerdings kämen die Ankündigungen des Präsidenten, die Unterstützung der Aufständischen durch den Iran unterbrechen zu wollen und sowohl Flugzeugträger als auch Raketenabwehrsysteme in die Golfregion zu entsenden, einer Kriegserklärung gegen den Iran gleich. Die damit einhergehende Abstempelung des Iran zum Feind werde vorhersehbare Konsequenzen mit sich bringen: "Der Iran wird die Gelegenheit haben, den Vereinigten Staaten im Irak eine entscheidende Niederlage zuzufügen." Die Iraner, so Indyk, beobachteten die Diskussionen der Opposition in den USA und würden den Versuch unternehmen, diesen entscheidenden Kampf für sich zu gewinnen. Da es für die Erfolgsaussichten jeder Irakstrategie wesentlich sei, die wahre Natur der Auseinandersetzungen in der Region zu erkennen, kam der ehemalige US-Botschafter in Israel zu der Schlussfolgerung: "Das vorherrschende Unverständnis darüber, womit wir es im Irak und in der Region zu tun haben bedeutet, dass der Plan wahrscheinlich fehlschlagen wird." Die Zeit für einen Waffenstillstand und aussichtsreiche politische Verhandlungen sei noch nicht reif und würde erst dann nahen, wenn die befeindeten Parteien sich "nach ihrer Gewaltorgie" in etwa 3, 4 oder 5 Jahren erschöpft hätten.

Gegenwind aus dem Kongreß

Die Kongressexpertin der Brookings Institution, Sarah Binder, untersuchte die Rolle des Kongresses bei der Umsetzung der neuen Irakstrategie des Präsidenten und die Frage, wie die Demokratische Opposition mit diesem Plan umgehen werde. Laut Binder steht von vorne herein fest, dass die neue Strategie im Demokratisch geführten

Kongress auf großen Widerstand stoßen werde. Insgesamt müsse man bei der Einschätzung dieser Reaktion jedoch sowohl den politischen als auch den institutionellen Kontext beachten. Insbesondere die öffentliche Meinung spiele eine große Rolle. Nach ersten Umfragen hätte sich eine klare Mehrheit der Amerikaner gegen die Truppenaufstockung ausgesprochen. 56 Prozent der Befragten hätten dagegen einen Truppenabzug befürwortet. Darüber hinaus habe sich bei den Zwischenwahlen im November letzten Jahres bewiesen, wie parteigebunden die Meinungen der Amerikaner zum Irakkrieg seien: 95 Prozent der Demokratischen Wähler hätten sich damals dafür ausgesprochen, die Truppen innerhalb eines Jahres aus dem Irak abzuziehen, verglichen mit lediglich 18 Prozent der Republikanischen Wähler. Dies deute darauf hin, dass – abgesehen von Senator Lieberman, einem prominenten Befürworter der Truppenaufstockung – die Demokraten den neuen Bush-Plan im Kongress blockieren müssten. Gleichzeitig stünden die Republikaner im Kongress unter enormen Druck, da bei den Kongresswahlen 2008 21 Republikaner ihre Sitze verteidigen müssten, die Demokratischen jedoch nur etwa die Hälfte davon. Darüber hinaus wüssten die Demokraten im Senat und Repräsentantenhaus zwar sehr wohl, wogegen sie seien, jedoch sei es unklar, wofür sie stünden. Dies seien Faktoren, die die Reaktionen des Kongresses komplizierten.

Eher symbolischer Widerstand

Mit Blick auf die Register, die der Kongress gegen die Vorgehensweise des Präsidenten im Kriegsfall ziehen könnte ("power of the purse", d.h. Macht der Bewilligung von Geldern, Untersuchungsausschüsse, Kriegsresolutionen) hat sich, so Binder, der Widerstand des Kongresses gegen die die neue Irakstrategie des Weißen Hauses bisher zunächst auf symbolischer Ebene abgespielt, beispielsweise in nicht-bindenden Resolutionen. Angesichts der inneren Zerstrittenheit der Demokraten gegenüber dem Irakkrieg, der dünnen Mehrheiten der Demokraten im Kongress, die bei der Verabschiedung von Gesetzen auf die Stimmen der Republikaner angewiesen sind und nicht zuletzt der politi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

USA

URSULA CARPENTER

Dezember 2006

www.kas.de/usa

www.kas.de

schen Gefahr einer potenziellen Perzeption, dass die Demokraten "den Truppen im Feld in den Rücken fallen", sei von den Demokraten auch in Zukunft ein eher symbolischer Widerstand im Kongress zu erwarten. Bei der geschichtlichen Parallele zur Blockierung der präsidentialen Kriegspolitik (Südostasien) durch den Kongress in den 70er Jahren müsse man die damalige politische Dynamik beachten. Damals habe im Kongress ein weitgehender politischer Konsens geherrscht, den man im Falle des Irakkriegs über einige Jahre hinweg erst einmal herstellen müsse. Für die Demokraten würde es in den kommenden Jahren jedoch schwer sein, Republikaner hinter sich zu vereinen, insbesondere mit Blick auf die institutionelle Dynamik im Kongress, wo sich in den vergangenen Jahren aufgrund zugespitzter Parteipolitik die Gewichte von den Bewilligungsausschüssen hinweg in die Verteidigungsausschüsse verlagert hätten, die von parteipolitischen Machtmanövern dominiert seien. Vor diesem Hintergrund zog Binder die Schlussfolgerung: "Wir sollten nicht überrascht sein, wenn sich die Reaktionen der Demokraten auf die Irakpolitik des Präsidenten weiterhin auf symbolischer Ebene bewegen."

Anmerkungen

¹ Die Kernelemente der neuen Strategie finden sich in einem Fact Sheet des Weißen Hauses: "The New Way Forward in Iraq": <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/01/20070110-3.html>

Weitere Informationen zur Veranstaltung sind unter diesem Link erhältlich: <http://brookings.edu/comm/events/20070111.htm>